

<http://www.egon-w-kreutzer.de/0Pad2009/25.html>

Kommentare zum Zeitgeschehen Von Egon W. Kreutzer

Pauenschlag am Donnerstag No. 25/2009 vom 25. Juni 2009

Oasen Peer

Wenn CDU und FDP die Bürger im Wahlkampf mit der Banane „Steuersenkung“ anlocken, steht Peer Steinbrück dumm daneben. Der Mann, der den ausgeglichenen Haushalt wider alle ökonomische Vernunft herbeisparen wollte und nun die größte Schuldenlawine losgetreten hat, die die Republik je gesehen hat, weiß, dass er sich, wollte er jetzt in den Ruf nach Steuersenkungen einstimmen, noch des letzten Restes an Glaubwürdigkeit berauben würde.

Nun hat er seine eigene Banane gefunden. Mit dem Versprechen von mehr Steuergerechtigkeit durch Bekämpfung von Steueroasen will er beim sozial und demokratisch fühlenden Wähler für jene Partei Stimmen fangen, die sich trotz aller Reformen auch weiterhin so nennt.

Das tapfere Schneiderlein, jener muntere Aufschneider, der mit allerlei durchsichtigen Tricks einen dämlichen alten Riesen leimte, kam mir in den Sinn, als ich ein - dem Kavallerie-Bild ebenbürtiges - Gleichnis für Steinbrücks großartig inszenierten Kreuzzug gegen die Steueroasen suchte. Der Nasenbär, den der Oasen-Peer dabei vorführt, ist der deutsche Michel, der brav den Löwenanteil der Staatsfinanzierung trägt, weil er gar nicht verhindern kann, dass ihm der Staat permanent in die Tasche greift.

An der Supermarktkasse, an der Zapfsäule, am Tresen, beim Telefonieren und SIMSen, wenn abends das Licht brennt oder der Fernseher läuft, immerzu und überall fließen sogenannte "Konsumsteuern" Richtung Fiskus, bestenfalls nur 7%, meist 19% bei Benzin und Diesel, Zigaretten und Schnaps sogar noch sehr viel mehr. Insgesamt stammen mehr als 40 Prozent aller Steuereinnahmen aus diesen Quellen. Das alles wird dem braven Michel noch abgezwickelt, **nachdem** sein Arbeitgeber vom vereinbarten Verdienst die Lohnsteuer abgezogen und an den Staat überwiesen hat. Die macht noch einmal ein Viertel aller Steuereinnahmen aus. Überzeugen Sie sich selbst:

[Steueraufkommen nach Steuerarten](#)

Kein Wunder, dass Stimmenfänger, auch Bauernstimmenfänger, aus den Reihen der politischen Konkurrenz mit großen Worten eine einfache, übersichtliche und alle Bürger entlastende Steuerreform versprechen, von der sie natürlich nur das zu halten gedenken, was sich nach der Wahl politisch durchsetzen lässt, selbst wenn sich nichts durchsetzen lässt, oder nur das glatte Gegenteil.

Wie weit reicht das Wählergedächtnis? Wer schafft volle vier Jahre?

Vor der letzten Bundestagswahl hatten wir einen Mehrwertsteuersatz von 16%. Bei der SPD hieß es vorher: "Niemand hat die Absicht, eine Mehrwertsteuererhöhung zu bauen." Die CDU wollte damals schon, aber doch auch nur von 16 auf 17%.

Und, wo steht die Mehrwertsteuer heute? Sind das nicht 19%?

Und reden die Aufwiegler unter den Experten nicht schon von 25, ja gar 30%?

Nun, unser allseits geschätzter und weltweit beliebter Oasenpeer wagt in dieser Situation einen Ausbruch aus dem Kessel.

Steuersenkungen, die kann er nicht versprechen. Er, der angetreten ist, den Staatshaushalt zu sanieren, wird offenbar von einem Rest sozialdemokratischen Gewissens oder Schamgefühls geplagt. Nie zuvor hat ein Finanzminister dem Michel eine so hohe Schuldenlast aufgebürdet, und nie zuvor ging es dabei nur darum, der in Deutschland -gierenden (re- oder a- ist dabei egal) Pekunialaristokratie die geruchsneutralen Milliarden in den weit aufgerissenen, systemrelevanten Rachen zu werfen. Was also fällt dem gewieften Oasen-Peer ein?

Er sagt der Steuerhinterziehung vermitteltels Steuer-Oase den Kampf an.

100 Milliarden, so lässt er verlautbaren, könnten dort jährlich für den deutschen Fiskus gewonnen werden, gelänge es nur, diese indianischen Sümpfe der Schweiz, Österreichs, Liechtensteins und anderer Feuchtgebiete auszutrocknen.

Da soll sich der Michel freuen!

Wenn sein geliebter peerbeißiger Finanzminister aus den Tiefen der Steuerwüste hinauszieht, um die Oasen der Reichen zu schleifen, ihre Palmenhaine umzuhauen und die Brunnen zuzuschütten, dann wird es dem Michel besser gehen, dann wird er mehr entlastet, als es Kauder und Pofalla, Westerwelle und Brüderle in ihren kühnsten Wahlversprechen auszusprechen wagen: um mindestens 100 Milliarden insgesamt oder 1.250 Euro pro Nase und Jahr.

Und so treibt der Oasenpeer mit seinem martialischen Kriegsgeschrei Wahlkampf, Wahlkampf um die Stimmen der deutschen Nasenbären, und bindet ihnen dabei den größten Bären auf, den er seinen fiskalischen Melkkühen seit dem Versprechen eines ausgeglichenen Haushalts für das Jahr 2011 aufgebunden hat.

Um zu verstehen, wie der Jahrmarktzauber funktioniert, muss man sich nacheinander drei Fragen stellen:

1. Was ist eine Steueroase?
2. Wo und wie entsteht das Geld, das in Steueroasen gebunkert wird?
3. Warum bekommt der Fiskus davon nichts mit?

Und wenn die alle richtig beantwortet sind, kommt die 100-Milliarden-Euro-Frage:

4. Liegt der verlorene Schlüssel wirklich unter der Laterne?

1. Was ist eine Steueroase

Als Steueroasen bezeichnet man Staaten (und andere Gebietskörperschaften mit eigenem Steuerrecht), in denen es möglich ist, Geld so anzulegen, dass die eigenen Steuerbehörden davon nichts erfahren.

Das ist es, was Peer Steinbrück, wenn man seine öffentlichen 10-Sekunden-Bonmots zur Thematik hört, als die besondere Infamie der Regierungen der sog. Steueroasen anprangert, dass sie nämlich Bundesbürger einladen, ihr Geld dort vor dem Zugriff des deutschen Fiskus in Sicherheit zu bringen.

Diese "Vertraulichkeit" stellen Steueroasen aber nicht nur durch ein nahezu wasserdichtes Bankgeheimnis her, wogegen Oasen-Peer derzeit Sturm läuft, sondern auch und vor allem durch anonyme Vermögensverwaltungs-Konstruktionen wie "Stiftungen" oder "Trusts".

Die eigentliche Qualität der Steueroase liegt aber darin, dass Unternehmen, die ihren Sitz in einer Steueroase nehmen, mit nur sehr geringen, in einigen Fällen auch gar keinen Steuern auf den Gewinn belastet werden, und dass es den Anteilseignern dieser Unternehmen ermöglicht wird, diese Gewinne ebenfalls (weitgehend) steuerfrei zu entnehmen.

Die komplette Steuersparmasche mittels Steueroase

(die jedoch auch in allen Teilabschnitten für sich gespielt werden kann) sieht so aus:

- Der Steuerflüchtling transferiert (im Kofferchen, im Kofferräumchen oder im Containerchen) einen erklecklichen Betrag Schwarzgeld in die Steueroase und zahlt diesen Betrag dort auf ein anonymes Konto ein.
- Mit diesem Geld errichtet er eine Stiftung, die von einem Treuhänder vertreten wird, der selbst unter Folter niemals ausplaudern würde, wer als Stifter und eigentlicher Nutznießer dieser Stiftung fungiert.
- Die Stiftung, vertreten durch den Treuhänder, errichtet ein Unternehmen, bevorzugt als Holdinggesellschaft, mit Sitz in der Steueroase.
- Die Holding erwirbt zu einem angemessenen niedrigen Preis das Unternehmen, das der Steuerflüchtige bis dahin als Eigentümer in Deutschland betrieben hat. Der angemessenen niedrige Preis ist erforderlich, damit der deutsche Fiskus nicht auf die Idee kommt, er könne die mit dem Verkauf verbundene (fiskalische) Auflösung stiller Reserven als Gewinn besteuern.
- Die Holding übernimmt fortan den Vertrieb der Produkte des Unternehmens zu angemessenen Marktpreisen, während sie von dem Unternehmen in Deutschland zu Preisen beliefert wird, die ungefähr den Herstellkosten entsprechen. Damit fallen in Deutschland Verluste, allenfalls keine Gewinne an. Man kann so weitere Opfer von den Belegschaften fordern, vor allem aber kann man dem deutschen Fiskus gegenüber den nackten Mann mit der leeren Hosentasche spielen.
- Die Gewinne fallen folglich bei der Holding im steuergünstigen Ausland an. Davon wird zunächst der Treuhänder bezahlt (fürstlich!). In der Regel bleibt

danach allerdings stets noch ein erklecklicher Rest, der verwendet werden kann, um alle möglichen anderen Geldanlagen in das Vermögen von Holding oder Stiftung/Trust einzubringen.

So vermehrt sich das Vermögen des Steuerflüchtlings ständig, ohne dass er in nennenswertem Umfang mit Steuern belastet würde.

Abgesehen vom anfänglichen Schwarzgeldbestand und dessen heimlicher Verbringung ist das alles legal oder lässt sich zumindest so gestalten, dass es im Rahmen der Legalität bleibt. Illegal wird es erst, wenn der Steuerflüchtige, der als deutscher Staatsbürger dem deutschen Staat für alle Einkünfte steuerpflichtig ist, eine Gewinnausschüttung erhält und vergisst, diese bei seiner Einkommensteuererklärung zu erwähnen.

Zwischenerkenntnis

Steueroasen sind - von Deutschland aus gesehen - eigentlich alle Staaten, in denen Gewinne niedriger versteuert werden als in Deutschland. Das trifft bei weitem nicht nur für Österreich, die Schweiz und Liechtenstein zu. Da man sich nicht einmal innerhalb der EU auf eine einheitliche Steuerpolitik einigen kann, sind steuersparende Standorte auch für das in Deutschland ansässige Kapital leicht und ohne regelmäßige Grenzkontrolle zu erreichen.

Als Steueroasen nur solche Staaten zu bezeichnen, die mit ihrem Bankgeheimnis deutsche Staatsbürger vor der Versteuerung von Schwarzgeldbeständen schützen, greift sehr kurz.

Vermögen mehrt sich schließlich auch, wenn Gewinne nicht ausgeschüttet werden.

Gerade wo hohe und höchste Gewinne erzielt werden, ist es für den Alleineigentümer eines Unternehmens überhaupt nicht interessant, sich diese Gewinne auch ausschütten zu lassen. Sein Unternehmen (Holding) nutzt die in der Steueroase angefallenen Gewinne, um sie weiter gewinnbringend zu investieren. Das bisschen Kleingeld zu besteuern, das der Steuerflüchtling für seinen Konsum benötigt (weil es selbst in der Steueroase beim besten Willen nicht als Betriebsausgabe geltend gemacht werden kann), ist den ganzen Aufwand gar nicht wert.

2. Wo und wie entsteht das Geld, das in Steueroasen gebunkert wird?

Die Antwort ist zum Teil bereits gegeben: Ein großer Teil des Geldes, das in Steueroasen gebunkert wird, entsteht durch Geschäfte, die durch Unternehmen mit Sitz in den Steueroasen getätigt werden. Damit es so weit kommen kann, muss aber in aller Regel erst einmal ein Grundstock an Vermögen in die Steueroase transferiert werden. Das kann - und das ist vermutlich noch gar nicht so selten - ganz legal versteuertes Geld sein, das verwendet wird, um ein eigenes Unternehmen mit Sitz in der Steueroase zu gründen und dessen Geschäfte zu finanzieren,

und es kann Schwarzgeld sein, dessen Existenz gegenüber dem heimischen Fiskus im Dunkeln bleiben muss.

Schwarzgeld entspringt zweierlei Quellen:

Da ist einmal jede Form von Kriminalität, ob Rauschgifthandel oder Erpressung, Diebstahl oder Trickbetrug, die nicht primär gegen den Fiskus gerichtet ist. Alle Erträge aus solchen kriminellen Aktivitäten hinterlassen bei den Tätern letztlich Spuren in Form von Geld, dessen Herkunft verschleiert werden muss, weil sonst Staatsanwalt und Finanzamt auf den Plan gerufen würden. Große Verbrecher betreiben daher große Geldwaschanlagen, kleine versuchen ihr Glück mit kleinen Schwindeleien.

Zum anderen entspringt Schwarzgeld ganz normaler wirtschaftlicher Tätigkeit, die lediglich mit dem kleinen Mangel behaftet ist, dass sie vor dem Fiskus verborgen wird, dass also weder Mehrwersteuer noch Lohnsteuer, weder Einkommens- noch Körperschaftssteuer abgeführt werden. Von allfälligen Sozialbeiträgen ganz zu schweigen.

Die Grenzen zwischen noch legalen Formen der Steuervermeidung durch entsprechende "Gestaltung" und den illegalen Formen der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs sind fließend, der Grenzverlauf hängt weitgehend vom Geschick der damit befassten Steuerfachanwälte ab.

Gigantische schwarze Kassen, wie sie einer staunenden Öffentlichkeit vor gar nicht so langer Zeit bei Siemens vorgeführt wurden, weisen darauf hin, dass die Möglichkeiten, Schwarzgeld anzusammeln, in der Wirtschaft bekannt sind und, unabhängig von jener plakativen Seriosität, die jedes Unternehmen zu verströmen versucht, auch genutzt werden. Die Versuchung diese Möglichkeiten zu nutzen, wächst mit der Höhe der Gewinne und der daraus resultierenden Fähigkeit, horrenden Summen für hochspezialisierte Berater auszugeben, deren Honorare selbstverständlich steuerlich abzugsfähig sind.

Zwischenerkenntnis

Schwarzgeld, das vor dem Fiskus in Sicherheit gebracht werden muss, entsteht in erster Linie im Inland.

Der Wunsch, dieses Schwarzgeld in einer Steueroase zu bunkern, resultiert aus der Tatsache, dass es in Deutschland bei Einzahlung auf eine Bank mit größter Wahrscheinlichkeit dem Fiskus zur Kenntnis gelangt. Für den Steuerflüchtling folgt die Abwägung, ob die Verbringung in die Steueroase oder der Versuch einer professionellen Geldwäsche wirtschaftlicher und/oder sicherer erscheinen.

Es bedarf keiner großen geistigen Anstrengung um zu erkennen, dass es dabei sehr auf die Menge des Schwarzgeldes und die Häufigkeit des Anfalls ankommt. Je öfter größere Mengen anfallen, desto eher rentiert es sich, eine professionelle Geldwaschanlage zu installieren.

Bei seltenem Anfall kleinerer Mengen ist der grenzüberschreitende Transport von Bargeld das Mittel der Wahl. Das Risiko, dabei in eine der sehr seltenen Grenzkontrollen zu geraten, ist im Grunde zu vernachlässigen - und ganz Vorsichtige

können selbst dieses minimale Risiko durch die Aufteilung in mehrere kleine Tranchen noch weiter reduzieren.

Es kann also festgehalten werden, dass die Anstrengungen des Staates, im Inland die Entstehung von Schwarzgeld zu verhindern, nicht ausreichen, um den vom Finanzminister behaupteten Steuerausfall in der Größenordnung von 100 Mrd. Euro jährlich zu vermeiden.

3. Warum bekommt der Fiskus davon nichts mit?

Komische Frage. Ein Staat, der sich angeblich aus Sparsamkeitserwägungen weigert, in ausreichender Quantität Steuerprüfer auszubilden und einzustellen, obwohl bekannt und unbestritten ist, dass jeder Steuerprüfer ein Vielfaches seines Gehalts wieder einbringen würde, hat offensichtlich kein gesteigertes Interesse an einer allgemeinen Aufdeckung von Steuerhinterziehung.

Dass man sich überhaupt Steuerprüfer hält, hat offenbar mehr damit zu tun, dass man es für erforderlich erachtet, den Schein zu wahren und damit, dass man auf ein Instrument nicht verzichten mag, das es erlaubt, den einen oder anderen Mitspieler im großen Spiel durch die Drohung mit, oder dem tatsächlichen Einsatz dieses Instrumentes zu disziplinieren.

Herr Graf, der Vater der Tennisspielerin, hat büßen müssen. Aber zu glauben, Steffi Graf sei unter den Spitzensportlern die einzige gewesen, die den Versuch unternommen hätte, Einnahmen am Staat vorbei zu schleusen, kann nur als naiv bezeichnet werden.

Herr Zumwinkel, um ein jüngeres Beispiel zu bemühen, ist mit großem Medienrummel abgestraft worden, während Hunderte anderer Steuerhinterzieher die Gelegenheit erhielten, sich per Selbstanzeige rechtzeitig ans sichere Ufer zu retten und viele, viele andere auch weiterhin in aller Ruhe im Trüben fischen.

Alleine der Mehrwertsteuerbetrug innerhalb der EU ist ein milliardenschweres Geschäft (EU-weit jährlich 100 Mrd. Euro, davon auf Deutschland entfallend 17 Mrd.), das durch einfache Veränderungen in der Steuergesetzgebung ausgetrocknet werden könnte, doch findet sich dafür offenbar keine Mehrheit.

Das beklagt sogar eine Abgeordnete der CSU!

(Allerdings nur da, wo keine Gefahr besteht, es könnte ernsthaft etwas dagegen unternommen werden. Schließlich darf das EU-Parlament keine eigenen Gesetzentwürfe einbringen)

Mehrwertsteuerbetrug

Zwischenerkenntnis

Der Staat gibt sich keine wirklich erkennbare Mühe, das Entstehen von Schwarzgeldbeständen im Inland zu verhindern. Unternehmen jeder Größenordnung stehen zahlreiche Möglichkeiten offen, Umsätze und Gewinne am Fiskus vorbei zu erzielen und damit die Steuerpflicht, vor allem im Bereich Einkommens-/Körperschafts- und Mehrwertsteuer zu umgehen, oft auch verbunden mit verminderten Beiträgen für die Sozialkassen.

4. Liegt der verlorene Schlüssel wirklich unter der Laterne?

Wer die ganze Nacht lang da nach dem verlorenen Schlüssel sucht, wo ihm die Laterne Licht spendet, wird sich nicht vorhalten lassen müssen, er habe nicht ausdauernd genug gesucht. Das ist aber auch schon alles.

Wenn es einer kleinen Schaar von großen Steuerpflichtigen gelingt, jährlich 100 Milliarden Euro zu hinterziehen, weil sie Gewinne in Steueroasen transferieren, während das Gesamtaufkommen der veranlagten Einkommensteuer nur ungefähr ein Viertel dieses angeblich hinterzogenen Betrages ausmacht, dann ist das ein wahrhaft märchenhaftes Missverhältnis.

Wenn der dafür verantwortliche Finanzminister glauben machen will, es genüge, die Auskunftsfreude der Behörden und Banken in den Steueroasen zu erhöhen, um die hinterzogenen 100 Milliarden heim in die Republik zu holen, dann zeigt das nur, wie gering er die intellektuellen Fähigkeiten der Wähler und Steuerzahler einschätzt.

Wer die Mühe scheut, steuerpflichtige Einkünfte dann und da zu erfassen, wenn und wo sie anfallen, wirkt nicht besonders glaubwürdig, wenn er behauptet, er könne ein Vielfaches dessen einnehmen, was er im Inland einnimmt, würden nur die Steueroasen seine Auskunftersuchen wahrheitsgemäß und vollständig beantworten.

Wie denn? Erst einmal müsste er doch wissen, wonach er fragen will.

Glaubt er, er erhielte freiwillig monatlich eine vollständige Liste über alle Bewegungen auf allen Konten, die deutsche Staatsbürger im Ausland halten? Und glaubt er, falls er solche Listen tatsächlich erhielte, seine Behörde sei personell und materiell auch nur annähernd hinreichend ausgestattet, um daraus Verdachtsfälle auszufiltern und diesen auch noch nachzugehen?

So wie die Finanzämter ausgestattet sind, muss der Finanzminister doch eigentlich selbst schon auf die Idee gekommen sein, dass das Verfassungsgericht die Suche nach Steuerquellen in Steueroasen in dieser Form im Zweifelsfall verbieten muss, so wie es die Versteuerung von Vermögen an Auflagen geknüpft hat, die man lieber - unter vollständigem Verzicht auf die Vermögenssteuer - nicht erfüllt, statt die geforderte Gleichbehandlung tatsächlich im Steuergesetz zu verankern.

So lange hohe und höchste leistungslose Einkünfte in diesem Lande per Abgeltungssteuer besonders niedrig besteuert werden, statt sie nach dem normalen Einkommensteuertarif regulär zu versteuern, solange Vermögenssteuer nicht erhoben und die Erbschaftssteuer für Unternehmenserben faktisch abgeschafft ist, so lange ist die Beteuerung, man wolle ernsthaft daran gehen, reiche und bestberatene Steuerflüchtlinge in ihren Steueroasen ausfindig zu machen und der Besteuerung zu unterziehen, vollkommen unglaublich, da sie im glatten Widerspruch zu den vorgenannten steuerlichen Usancen steht.

Der Schlüssel liegt wohl nicht unter dieser Laterne.

Dort zu suchen, hat allerdings Vorteile:

1. Man verdirbt sich nicht die Augen.
2. Es besteht keine Gefahr, im Dunkeln voll in die Sch... zu fassen.

und

3. Im Schein der Laterne kann der Wähler sehen, wie man sich für ihn abmüht.

Hinweis:

Die Subskriptionsfrist für das Buch "Paukenschläge - 2003 bis 2008" läuft am 30. Juni ab.

Nur dass Sie dann nicht daherkommen und behaupten, es hätte Ihnen niemand gesagt.

(Frei nach Richard von Weizsäcker: "... es hätte Sie niemand gefragt.")

[Mehr dazu](#)